

OFFENER BRIEF an**Markus Kurth****(markus.kurth@wk.bundestag.de)**

MdB und sozialpolitischer Sprecher der BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN

Mit großem Interesse konnten wir Dich - „unseren Dortmunder Sozialabgeordneten“ – im Bundestag am Freitag den 14. März 2003 im Fernsehen beobachten. Neben Claudia Roth hattest Du – stets mit einem Lächeln im Gesicht – begeistert geklatscht, als Deine Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt über Soziale Gerechtigkeit und die Notwendigkeit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gesprochen hatte.

Göring-Eckardt: „Wenn wir von der Bürgergesellschaft reden, meinen wir dass es um Gerechtigkeit geht, dass jeder eine Chance hat, Gerechtigkeit für alle - soziale Gerechtigkeit - das meinen wir, wenn wir von Bürgergesellschaft sprechen und nicht, dass jeder irgendwie seines Glückes Schmied sein soll.“

Tatsache ist aber, dass, wenn Frau oder Mann - über 45 Jahre Jahre alt – gekündigt wird, sie oder er auf dem Arbeitsmarkt- selbst bei ausreichender Qualifizierung - keine Chance mehr auf Beschäftigung hat.

Dieser Altersgruppe wird jetzt durch Euch um den Anspruch auf halbwegs akzeptable Arbeitslosenversicherung gebracht, dergestalt, dass diese Menschen nunmehr nach einem Jahr in die Sozialhilfe stürzen und das auch nach jahrzehntelanger Beitragszahlung.

Durch Euch und auch mit Deiner Zustimmung zu den Zumutbarkeitsregeln im SGBIII werden diese Menschen zukünftig gezwungen sein, zu Bedingungen wie bei McDonald's zu arbeiten - ebenso in sogenannten Minijobs ohne Sozialversicherung und Arbeitszeitbegrenzung. Solche Zwangs-Arbeitsbedingungen führt ihr nun flächendeckend ein. Die Armut ist vorprogrammiert und wird auch von Dir in Kauf genommen. Das nennt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen soziale Gerechtigkeit, denn jeder und jede hat nun die Chance sich zu entscheiden.

Göring-Eckardt: „Deswegen macht es Sinn, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu kürzen, weil es nicht mehr geht, dass die Unternehmen auf Kosten der Beitragszahler die Älteren aus dem Arbeitsprozess drängen“
 „...und weil die Frage der Arbeitskosten so zentral ist, deshalb ist auch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe richtig. Es sind 70% der Menschen - die Arbeitslosenhilfe bekommen - die weniger erhalten als die Sozialhilfe ist – und deswegen ist richtig, was der Bundeskanzler vorgeschlagen hat, dass diese Zusammenlegung vom Niveau her auf die Höhe der Sozialhilfe stattfindet.“ **G-Eckardt:** „...und alle müssen einen Beitrag dazu leisten“

Wieso hast Du – „sozialpolitischer Experte deiner Partei“ – Deiner Vorsprecherin nicht die richtigen Zahlen genannt – kanntest Du sie nicht ? Es sind unter 10% aller ArbeitslosenhilfebezieherInnen, die ergänzende Sozialhilfe beziehen. Mehr als 90% von 1,7 Millionen ArbeitslosenhilfebezieherInnen - das sind weit über 1,5 Millionen Menschen - werden von Euch auf Sozialhilfeniveau ins Elend getrieben !

Mit der Unterstützung Deiner Fraktion habt ihr ja schon mit der veränderten Arbeitslosenhilfeverordnung im Nov.2002 veranlasst, dass in der Tat bald mehr als 500.000 Menschen keine oder nur noch ganz geringe Arbeitslosenhilfe erhalten. Betroffen sind hier vor allen Dingen alleinstehende und alleinerziehende Frauen und Männer, die z.B. eine für das Alter vorgesehene Lebensversicherung erst einmal „verzehren“ müssen ,bevor sie dann Sozialhilfe beziehen dürfen. Eurer Konzept der Bürgergesellschaft hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun. Jeder Mensch soll das Risiko gesellschaftlicher Probleme selber tragen und individuell lösen. Eventuell geleistete Sozialleistungen müssen sich verdient werden.

Dass ihr als Partei und Du als Abgeordneter mittlerweile eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Sinne von Stoiber und Westerwelle vertretet, ist vom Tempo der Entwicklung eurer Partei, hin zu einer neoliberalen Partei mit unsozialem Antlitz - auch für uns etwas überraschend.

Noch Ende Oktober 2002 hattest Du in Dortmund (im Gewerbehof) diese Entwicklung im Sozialbereich nicht für möglich gehalten und phantasiertest von noch ausstehenden Gesprächen in Berlin. Bei der Verabschiedung des 1. und 2. Gesetzes zur Modernisierung des Arbeitsmarktes hattest Du nicht einmal den Mut, Dich der Stimme zu enthalten !

Wofür stehst Du eigentlich !?

Sicherlich nicht ernsthaft für Sozialpolitik und für Fragen der sozialen Gerechtigkeit !

Auf diesem Ticket fährst Du jedoch hier durch die Lande !

Wenn Deine Pressemitteilungen und Deine Worte in Versammlungen und Gesprächen nur *halbwegs* so gemeint wären, wie Du sie sagst, hättest du – falls Du auch nur mit wenig sozialem Anstand ausgestattet wärst – bei Schröder und Göring-Eckardt nicht Beifall klatschen dürfen ! Im Gegenteil !

Für uns unerträglich in diesem Zusammenhang, war auch Deine offensichtliche Freude beim Klatschen. Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern - so ist halt Politik.

Du bist wirklich angekommen !

**Für den Sprecherrat
des Erwerbslosenausschusses
ver.di Dortmund**

gez. A. Eberle,
gez. H. Eigen,